

Politische Kernforderungen für die Mobilität in Hessen bis 2030

- Ausbau regenerativer Energien auf mindestens 80 Prozent des Stromverbrauchs, bis 2030 keine Kohleverstromung mehr, Zubau von mindestens 150 Windkraftanlagen jährlich plus Repowering bestehender Standorte, Ausweisung von 2,2 Prozent tatsächlich nutzbarer(!) Landesfläche für Windkraft
- Ausbau des ÖPNV mit einem hessenweiten integralen Taktfahrplan, einem 30-Minuten-Grundtakt zwischen 5 und 23 Uhr in der Fläche und einem Ausbau der Kapazitäten und Querverbindungen im Ballungsraum mit starkem Schienenverkehr, auch auf bisher stillgelegten Strecken
- Schrittweise Einführung eines Nulltarifs im ÖPNV
- Eine Reduzierung des MIV um 25 % durch Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Radnetzes, Verzicht auf Straßenneubau wie Autobahnen
- Umstellung des MIV auf batteriebetriebene Elektromobilität vorantreiben
- Mehr Güterverkehr auf die Schiene
- Vereinheitlichung der Logistik in der letzten Meile: Obligatorische Bündelung in Innenstädten
- Anteil des Fahrrads am Modal Split erhöhen, Etablierung einer Fahrradförderung für Einkommensschwächere
- Neue Wohnquartiere mit autoreduziertem Konzept planen
- Urbane Stadtquartiere in attraktive Lebensräume transformieren (Bsp. „Superblocks“)
- Finanzierung sichern - durch Arbeitgeber- und Gewerbetreibendenabgabe, Verwendung der Mittel aus dem Dienstwagenprivileg sowie Umwidmung der Mittel aus dem Autobahnbau im Bundesverkehrswegeplan